Deutscher Bundestag **Drucksache 15/3330**

15. Wahlperiode 16. 06. 2004

Antrag

der Abgeordneten Heidi Wright, Sören Bartol, Uwe Beckmeyer, Hans-Günter Bruckmann, Dr. Peter Danckert, Annette Faße, Rainer Fornahl, Gabriele Groneberg, Ernst Kranz, Ute Kumpf, Dr. Christine Lucyga, Heinz Paula, Karin Rehbock-Zureich, Siegfried Scheffler, Wilhelm Schmidt (Salzgitter), Dr. Angelica Schwall-Düren, Wolfgang Spanier, Ludwig Stiegler, Petra Weis, Reinhard Weis (Stendal), Dr. Margrit Wetzel, Franz Müntefering und der Fraktion der SPD
sowie der Abgeordneten, Franziska Eichstädt-Bohlig, Winfried Hermann, Albert Schmidt (Ingolstadt), Volker Beck (Köln), Peter Hettlich, Rainder Steenblock, Katrin Göring-Eckardt, Krista Sager und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Mehr Sicherheit für Radfahrer – insbesondere Schutz vor Unfällen mit LKW im Stadtverkehr

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Zahl der im Straßenverkehr in Deutschland getöteten Radfahrer war mit 612 auch im Jahr 2003 wiederum unvermindert hoch. Häufig sind gerade radfahrende Kinder und Jugendliche Opfer solcher tödlicher Verkehrsunfälle. Die Unfallschwerpunkte liegen für Radfahrer vor allem im Stadtverkehr.

Zu besonders schweren Unfällen für Radfahrer kommt es im städtischen Straßenverkehr durch nach rechts abbiegende Lastkraftwagen (LKW), deren Fahrer die Radfahrer nicht oder nicht rechtzeitig im Rückspiegel erkennen. Das rückwärtige Sichtfeld der Außenspiegel reicht insbesondere bei schweren LKW oft nicht aus; es verbleibt ein „toter Winkel“ im Nahbereich des Fahrzeugs. In jüngster Zeit waren zwei tragische Verkehrsunfälle in Berlin mit tödlichem Ausgang darauf zurückzuführen, dass die rechts abbiegenden LKW-Fahrer die beteiligten Radfahrer, die sich im „toten Winkel“ befanden, übersehen hatten. Nicht zuletzt vor diesem Hintergrund ist dringender Handlungsbedarf gegeben, um ähnliche Unfälle künftig weitestgehend zu vermeiden. Dafür ist es erforderlich, das Sichtfeld für die Fahrer von LKW soweit wie möglich zu vergrößern.

Bereits im Jahr 2001 hat die Bundesregierung – gemeinsam mit den Niederlanden – eine Initiative bei der Europäischen Kommission zur Novellierung der europäischen Vorschriften für Rückspiegel und andere Einrichtungen für indirekte Sicht gestartet. Als Ergebnis liegt nunmehr eine neue europäische Richtlinie 2003/97/EG mit verschärften Anforderungen für Rückspiegel vor. Wichtig ist, dass die Richtlinie keine technische Ausrüstung vorschreibt, sondern das Erreichen eines definierten Sichtfeldes, das den bisherigen toten Winkel für LKW-Fahrer einsehbar macht. Dieses Sichtfeld ist auch Grundlage einer nationalen

niederländischen Verordnung, die im Vorgriff auf die europäische Richtlinie, bereits zum 1. Januar 2003 in Kraft gesetzt wurde.

Die EG-Richtlinie, die am 29. Januar 2004 in Kraft getreten ist, ist von allen EU-Mitgliedstaaten bis zum 26. Januar 2005 in nationales Recht zu übernehmen sowie ab 26. Januar 2006 für alle neuen Fahrzeugtypen und ab 26. Januar 2007 für neu in den Verkehr kommende LKW ab 7,5 t zwingend anzuwenden.

Die Bundesregierung arbeitet derzeit an der Übernahme der Richtlinie in nationales Recht. Parallel dazu hat die Bundesregierung eine Ausweitung des Geltungsbereichs auf Altfahrzeuge und Nutzfahrzeuge ab 3,5 t eingeleitet. § 56 der Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung (StVZO) wird dahin gehend geändert, dass bestimmte Vorschriften der Richtlinie schnellstmöglich für alle genannten Fahrzeugklassen verbindlich anzuwenden sind. Zur Vermeidung weiterer schwerer Verkehrsunfälle und zum Schutz von Radfahrern sind weitere Maßnahmen erforderlich.

II. Der Deutsche Bundestag begrüßt,

- dass die Bundesregierung die EG-Richtlinie 2003/97/EG noch in diesem Jahr mit einer Änderung der StVZO umsetzen wird. Die dazu nötigen Maßnahmen, einschließlich der Notifizierung bei der Europäischen Kommission, sind bereits auf den Weg gebracht. Einen Monat nach Inkrafttreten der Änderung gelten dann bestimmte Vorschriften der neuen Richtlinie verbindlich für alle neuen LKW;
- dass die Bundesregierung parallel intensiv die Nachrüstung von bereits im Verkehr befindlichen LKW und Nutzfahrzeugen ab 3,5 t betreibt und damit weit über die Anforderungen der EG-Richtlinie hinaus die Sicherheit verbessert. Auch für diese erweiterte Geltung wird das Notifizierungsverfahren bei der Europäischen Kommission bereits eingeleitet;
- dass der Bundesminister für Verkehr, Manfred Stolpe, und seine niederländische Amtskollegin, Karla Peijs, verabredet haben, während der niederländischen Ratspräsidentschaft ab dem 1. Juli 2004 eine Initiative innerhalb der EU für eine Richtlinie zu starten, die die zunächst nur national von Deutschland betriebene Nachrüstpflicht und Ausdehnung des Geltungsbereichs auf Nutzfahrzeuge ab 3,5 t zum Inhalt haben wird. Damit soll gewährleistet werden, dass die Sichtfeldverbesserungen schnellstmöglich in der gesamten EU eingeführt werden;
- dass das Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen ab Mitte Juni 2004 eine Aufklärungsaktion starten wird, die das Ziel verfolgt, LKW-Fahrer, Radfahrer und Fußgänger über die Tote-Winkel-Problematik aufzuklären und zu einem rücksichtsvollen und vorausschauenden Verhalten im Verkehr zu ermutigen;
- dass die Fahrzeugindustrie die technischen Voraussetzungen für die frühzeitige Umsetzung der Richtlinie durch die Bereitstellung der entsprechenden Spiegelsysteme geschaffen hat.

III. Der Deutsche Bundestag fordert daher die Bundesregierung auf,

- auf die Fahrzeugindustrie intensiv mit dem Ziel einzuwirken, die verbesserten und qualitativ der neuen EG-Richtlinie entsprechenden Spiegel insbesondere auch zur Nachrüstung von LKW schnellstmöglich und in ausreichender Stückzahl anzubieten;
- auf die Fahrzeugindustrie intensiv einzuwirken, mit dem Ziel, schnellstmöglich Nachrüstmöglichkeiten zur Vermeidung des „toten Winkels“ auch für solche älteren LKW anzubieten, bei denen eine solche Nachrüstung zurzeit noch nicht möglich ist;

- bei den Verbänden des Güterkraftverkehrs und durch eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit die Akzeptanz für die Nachrüstung mit Rückspiegeln zu erhöhen, die den „toten Winkel“ für LKW-Fahrer weitestgehend einsehbar machen;
- insbesondere in gemeinsamen Initiativen mit Verbänden, die für die Verbesserung der Verkehrssicherheit arbeiten, verstärkt die Aufklärung über die Gefahren für Rad fahrende Kinder und Jugendliche zu betreiben.

Berlin, den 16. Juni 2004

Franz Müntefering und Fraktion
Katrin Göring-Eckardt, Krista Sager und Fraktion



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333